

LANDTAGS NACHRICHTEN

14. Dezember
9 / 2011
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit +++ Abgeordnetengesetz beschlossen +++ Asbesttransport +++
Debattenauszüge „NSU als rechtsextremes Terrornetzwerk – eine Gefahr für M-V +++ Finanznot der Theater und
Orchester in M-V +++ Bundeswehr in M-V +++ Hochwasserschäden in der Landwirtschaft +++ Panorama +++



3	GASTKOLUMNE	„Erklärungsnot“ Kommentar von Andreas Speit, Journalist bei der taz und Autor verschiedener Bücher über Rechtsextremismus, zum Thema Terrornetzwerk Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und die NPD.
4–22	AUS DEM PLENUM	
4–5	AKTUELLE STUNDE	„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West“
6–13	AUS DEM PLENUM	
6	BERICHTE	Asbesttransport zur Deponie Schönberg stoppen
7		Weitere Soforthilfen für Theater und Orchester in M-V abgelehnt
8		Perspektiven für Regionen nach Bundeswehrabzug
9		Konsequenzen aus Hochwasser im Sommer 2011 ziehen
10–11		Abgeordnetengesetz – Finanzierung der Abgeordneten und Fraktionen
12–13	WEITERE BESCHLÜSSE	Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission, der G10-Kommission und des SOG-Gremiums des Landtages Elektronische Fußfessel Beamtenbesoldung Verfassungsschutzgesetz Eigenkapital Nord/LB
14–22	ORIGINAL-DEBATTE	„NSU als rechtsextremes Terrornetzwerk – eine Gefahr für Mecklenburg-Vorpommern“
23	PANORAMA	Volkstrauertag Jugendgeschichtestag Besuch des britischen Botschafters Zehn Jahre Partnerschaft mit Westpommern
		Titelfoto (Uwe Sinnecker) Viktorienfigur auf der Hauptturmterrasse des Schweriner Schlosses Christian Daniel Rauch, 1837, Nachguss 2001/2002

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Erklärungsnot

Die Ermittlungen dürften Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt nicht schnell abschließen können. Seit dem ersten Novemberwochenende wird jedoch in Politik und Medien bereits anders über den deutschen Rechtsextremismus geredet.

An jenem Wochenende flog durch Zufall die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) auf. Über dreizehn Jahre scheint das Trio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe mindestens zehn Morde, vierzehn Banküberfälle und mehrere Sprengstoffanschläge verübt zu haben. Geplanter Terror von einer rechtsextremen Gruppe, mitgetragen durch ein Netzwerk von NPD- und Kameradschafts-Anhängern. Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern mordete die NSU. Vor sechs Jahren soll sie in Rostock Yunus Turgut erschossen haben.

In der Politik, und auch in den Sicherheitsorganen, war diese Option des „nationalen Kampfs“ als undenkbar eingestuft worden. In der Öffentlichkeit erwecken die Verantwortlichen über Jahre den Eindruck, dass eine Terrorgruppe von rechts äußerst unvorstellbar sei.

Undenkbar, unvorstellbar?

Heute räumt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich ein, dass „einige Behörden kläglich versagt“ haben, und der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, bekennt, die Mordserie sei „eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden“.

Diese Niederlage könnte sich zu einer staats-erschütternden Affäre ausweiten, wenn bei den Verfassungsschutzämtern nicht bloß Versagen weiterhin ausgemacht wird, sondern auch Verstrickungen entdeckt werden. In den Ermittlungsakten zu den Dreien fragt sich gar das Landeskriminalamt Thüringen, inwieweit einer oder eine mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten könnte.

„ In der NPD geht aber auch längst die Angst vor der Entdeckung von Verbindungen der Partei zu dem Netzwerk um. „

Die Diskussion über die Rolle von V-Männern nutzte sofort die NPD zur Distanzierung. Der NPD-Bundesvorsitzende, Holger Apfel, verweist ständig auf die Verstrickungen des Verfassungsschutzes und weist sogleich jede Nähe zurück. Die V-Männer werden zum Alibi der Partei. In der NPD geht aber auch längst die Angst vor der Entdeckung von Verbindungen



Foto: Ch. Links Verlag

Andreas Speit, 1966 geboren, Journalist bei der taz. Autor verschiedener Bücher über Rechtsextremismus. Aktuell: „Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene“

der Partei zu dem Netzwerk um. Ein Verbot würde die politischen Erfolge der Partei aushebeln – inklusive der von der NPD eigentlich so verhassten parlamentarischen Möglichkeiten, die sie längst zum politischen Eigennutz lieb gewonnen hat – von Geld bis Ämter.

Im Landtag von Schwerin wettete der NPD-Landtagsabgeordnete, Michael Andrejewski – ganz auf Parteilinie –, dass die drei „jungen Leute“ bloß die Marionetten des Verfassungsschutzes gewesen seien. Wenige Tage später beantragte der Generalbundesanwalt allerdings Haftbefehl gegen Ralf Wohlleben. Der langjährige NPD-Landesvize in Thüringen soll während seiner Parteimitgliedschaft dem Trio eine Waffe und Munition zukommen lassen haben. Nun wirft der Generalbundesanwalt ihm Beihilfe zu sechs Morden und einen versuchten Mord vor. Das doppelte Gesicht der NPD wurde wieder einmal sichtbar.

Gern geben sich NPD-Mitglieder bemüht bürgernah, und sind doch gewaltbereit. Im Landtag nahm zum zweiten Mal Stefan Köster für die NPD Platz. Auf der Straße spricht er freundlich mit Passanten, auf der Straße trat er aber auch auf eine Gegendemonstrantin ein. Eine Verurteilung folgte. Mit Terror will er nichts zu tun haben. In seinem Bürgerbüro in Grevesmühlen aber richtete der langjährige NPD-Bundesordnerchef eine Schulung aus. Der „Chef“ selbst gehörte in den 70er Jahren einer rechten Terrorgruppe an, wurde verurteilt.

Aus Sorge vor einem Verbot hat die NPD-Führung interveniert. Bis vor kurzen war Karl-Heinz Hoffmann, Gründer der Wehrsportgruppe Hoffmann, bei der NPD ein gern gesehener Gast, stellte sein Buch zum „Oktoberattentat“ vor. Jetzt ist er unerwünscht. Wieder eine fragwürdige Distanzierung: Das Buch ist beim NPD-Verlag erschienen.

„Noch gibt es zahlreiche Lücken“, sagte unlängst Jörg Ziercke. Der Präsident des Bundeskriminalamtes versicherte aber: „Wir werden noch weitere Beziehungen zur NPD entdecken.“ Ihrem Weltbild würde diese Nähe nicht widersprechen.

Andreas Speit



Jochen Schulte (SPD)



Helmut Holter (DIE LINKE)



Ministerpräsident Erwin Sellering



Torsten Renz (CDU)

Gleiche Löhne in Ost und West gefordert

Aktuelle Stunde zeigte unterschiedliche Ansichten zum Mindestlohn

Die unterschiedlichen Löhne in alten und neuen Bundesländern führten im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu einer kontroversen Diskussion auch innerhalb der Koalitionsfraktionen. Die SPD hatte für die Sitzung am 16. November eine Aktuelle Stunde zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West“ beantragt. Dabei traten auch gegensätzliche Meinungen zum Mindestlohn zutage.

Zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung geht nach Ansicht des SPD-Abgeordneten **Jochen Schulte** bei den Einkommen noch immer ein Riss durch Deutschland. „Lohnunterschiede, die nicht darin begründet sind, dass der eine oder andere schlechter oder besser arbeitet oder dass die Lebenshaltungskosten an der einen Stelle höher oder niedriger sind, sondern die einfach festgeschrieben worden sind anhand der Grenze, die es einmal in diesem Land gab.“ Besonders unverständlich sei die unterschiedliche Bezahlung im Pflegebereich. Jochen Schulte kritisierte auch die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Arbeitnehmerinnen erhielten bei gleicher Qualifikation noch immer im Schnitt acht Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Auch beim Mindestlohn dürfe es keine regionalen Unterschiede geben.

Linke-Fraktionschef **Helmut Holter** wies in der Debatte auf die seiner Meinung nach fortwährenden Widersprüche beim Mindestlohn in der SPD/CDU-Koalition hin. Die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag seien bisher nur Zukunftsmusik. „Werden Sie endlich aktiv“, forderte er die Regierungsparteien auf. Im Vergabegesetz aus der vorigen Wahlperiode sei noch nicht von einem Mindestlohn die Rede gewesen. Jetzt stehe in der Koalitionsvereinbarung, dass 8,50 Euro Stundenlohn als Untergrenze bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gelten sollen. Nun müsse das Gesetz schnellstens geändert werden. Er sei gespannt, wann die Novelle des Vergabegesetzes auf die Tagesordnung gesetzt wird. Zumal sich die CDU-Bundesvorsitzende, Kanzlerin Angela Merkel, gerade gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen habe. Seine Partei wolle einen Mindestlohn von zehn Euro und sehe darin keinen Eingriff in die Tarifautonomie.

Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde solle zügig im Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommerns verankert werden, sagte Ministerpräsident **Erwin Sellering**. „Im ersten Quartal 2012 werden wir die Entwürfe dafür vorlegen“, kündigte er an. Die Bindung von Landesaufträgen an 8,50 Euro Mindestlohn bei den Auftragnehmern solle eine Lohnspirale nach oben in Gang setzen und die Einführung eines allgemeingültigen Mindestlohns voranbringen. Das Land wolle zudem nur noch Firmen staatliche Förderung gewähren, die ihren Mitarbeitern mindestens 8,50 Euro je Stunde zahlen. Unterschiede in Ost und West, wie von der Bundes-CDU auf



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Udo Pastörs (NPD)

ihrem Parteitag in Leipzig befürwortet, seien nicht akzeptabel, betonte er. „Wir brauchen gleiche Löhne in Ost und West. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft. Nur so kann man im bundesweiten Wettbewerb um Fachkräfte bestehen“, sagte der Ministerpräsident.

Auch die Christdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern würden Lohnunterschiede zwischen Ost und West nicht weiter akzeptieren, sagte der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz**. Doch setze die Union weiterhin auf die Tarifautonomie und habe das mit ihrem Beschluss auf dem Bundesparteitag auch deutlich gemacht. Lohnuntergrenzen sollten dort vereinbart werden, wo keine Tarifbindung herrsche. Renz warf der oppositionellen Linken vor, mit überzogenen Forderungen den wirtschaftlichen Sachverstand auszublenzen. Zudem müsse erst definiert werden, was „gleiche Arbeit“ eigentlich bedeute. Marktwirtschaft bedinge eben auch, dass die Nachfrage und der Leistungsgedanke bei der Lohnbildung eine Rolle spielt. Es gebe nicht nur Unterschiede zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd. Renz forderte eine differenzierte Betrachtung des Themas.

Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** sicherte die Unterstützung seiner Fraktion bei Initiativen der Landesregierung für die Lohnangleichung oder die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu. Dies seien schon lange Forderungen seiner Partei. Sonst verliere ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern den Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte von vornherein. Die CDU, die im Wahlkampf dagegen den Mindestlohn immer mit dem Hinweis auf „Tarifautonomie“ abgelehnt habe, versuche im Land jetzt eine Kehrtwende. Auf Bundesebene aber habe sie sich bislang



Julian Barlen (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

nur zu einem „windelweichen Kompromiss“ durchgerungen. Seine Fraktion hält seinen Worten nach einen Stundenlohn von 8,50 Euro als Untergrenze für angemessen. Mindestlohn und Niedriglöhne, von denen die Menschen nicht leben können, seien Probleme, die flächendeckend und bundesweit gelöst werden müssten.

Die NPD fordert ihrem Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** zufolge ebenfalls Löhne, die „wünschenswert“ sind. Doch liege die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern bei gerade mal 58 Prozent, während sie in Bayern oder Rheinland-Pfalz deutlich höher sei. Man könne die Wirtschaft nicht zwingen, höhere Löhne zu zahlen. Das sei illusorisch. „Die Menschen brauchen, um hier zu bleiben, keine 8,50 Euro, die brauchen 11, 12, 14, 15 Euro Stundenlohn. „Und dann kommen Kinder, dann kommt Zuversicht, dann kommt die Binnennachfrage“, sagte er. Pastörs warf der Politik vor, für eine schwache Struktur verantwortlich zu sein, die wiederum Ursache der niedrigen Löhne sei. Qualifizierte Arbeitsplätze fehlten dem Land.

„Es wird 21 Jahre nach der Wiedervereinigung allerhöchste Zeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West zu zahlen“, sagte **Julian Barlen** (SPD). Das sei nötig, wenn Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich mit anderen Bundesländern wettbewerbsfähig sein will. Dort, wo Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht in der Lage seien, angemessene Löhne zu vereinbaren, müsse der gesetzliche Mindestlohn greifen. Der Bundesregierung warf er einen „fürchterlichen Schlingerkurs“ vor. Die „als Mindestlohn getarnte uneinheitliche Lohnuntergrenze“ habe in Wahrheit nichts mit einem Mindestlohn zu tun. Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern sei da eine Ausnahme. Sie habe sich „inhaltlich voll hinter den in Ost und West gleichen gesetzlichen Mindestlohn“ gestellt. „Leider“, sagte Barlen weiter, „sind im Bundesgebiet noch nicht alle in der CDU so erkenntnisreich.“

Hintergrund

Das Durchschnittseinkommen im Nordosten erreicht derzeit knapp 80 Prozent des Bundesdurchschnitts. Nach Angaben der Arbeitsagentur Nord ist in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der Vollbeschäftigten, die auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen sind, doppelt so hoch wie im benachbarten Schleswig-Holstein.

Asbesttransport umstritten

Grüne scheitern mit Antrag zu Transportstopp

Die Entscheidung über den Transport von Asbestschlamm zur landeseigenen Sondermülldeponie am Ihlenberg bei Schönberg führte am 17. November im Landtag zu einem heftigen Disput. Die Fraktion B'90/DIE GRÜNEN forderte von der Landesregierung, die geplanten Transporte unverzüglich zu stoppen. Bürgerinitiativen befürchteten Gesundheitsgefährdungen durch die krebserregenden Fasern. Der Antrag fand im Plenum keine Mehrheit.

Insbesondere solle das sogenannte Bitter-Gutachten aus dem Jahr 2009 überprüft werden, sagte die Grünen-Abgeordnete **Jutta Gerkan**. Aus Sicht der Grünen bestehen erhebliche Zweifel an „der Sicherheit und der Sinnhaftigkeit des bevorstehenden Transports“. Von einer Industriebrache in Wunstorf bei Hannover sollen rund 130 000 Tonnen Asbestschlamm zur Deponie bei Schönberg gebracht werden. Ab Ende November sollten täglich etwa 40 LKWs rund 1.000 Tonnen des giftigen Mülls von Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern umlagern. Das Bitter-Gutachten sei mangelhaft, sagte Gerkan. Andere Sachverständige stuften das Material als „schwachgebundenes Asbestprodukt“ ein, was besondere Sicherheitsvorkehrungen erfordert. Für den Transport seien „Big Bags“ nötig – spezielle Behälter zur Vermeidung von Faseremissionen. Bislang sei nur vorgesehen, das belastete Material anzufeuchten und dann mit Hartschaum und einer Plane zu bedecken. Dies reiche nicht aus. Ersten Mitteilungen von Niedersächsischen Behörden zufolge sei nicht mit der Freisetzung gefährlicher Fasern zu rechnen, doch werde noch das schriftliche Testergebnis abgewartet, sagte Wirtschaftsminister **Harry Glawe**. „Wenn Gefahren für die Bürger bestehen, wird es die Transporte nicht geben“, versicherte er. Glawe warf den Grünen vor, mit ihrem Antrag zur Verhinderung der Asbesttransporte weiter Ängste zu schüren. Der Minister verteidigte die Annahme des Deponierungsauftrags durch die IAG Ihlenberg als wirtschaftlich sinnvoll. Auf Europas größter Sondermülldeponie lagern den Angaben des Mi-



Foto: Jens Büttner

BUND und die Bürgerinitiative „Stoppt die Deponie Schönberg!“ protestierten vor der Staatskanzlei in Schwerin mehrfach gegen die Asbesttransporte.

nisters zufolge bereits 500 000 Tonnen Asbestrückstände. Die Linke-Abgeordnete **Dr. Mignon Schwenke** forderte, die Ängste der Anwohner ernst zu nehmen: „Die Menschen haben Angst vor einem der größten Giftmülltransporte in Deutschland.“ Der Deponieumzug mache weder wirtschaftlich noch ökologisch Sinn. Sie sprach sich dafür aus, die Asbesthalde in Wunstorf so zu sichern, dass der Transport über 240 Kilometer überflüssig wird.

Jochen Schulte (SPD) warf den Grünen vor, den Transport verhindern zu wollen, aber keine Gegenvorschläge zu machen. Nach dem Motto „Hauptsache, das Zeug bleibt außerhalb des Landes“. Dies lehnte seine Fraktion ab. Für die Sicherheitsvorkehrungen sei vor allem Niedersachsen zuständig. Der größte Teil der Transporte verlaufe durch das benachbarte Bundesland. Man könne nicht unterstellen, dass die dortigen Behörden fahrlässig handeln.

Der NPD-Abgeordnete **Udo Pastörs** lehnte den Antrag im Namen seiner Fraktion ab. Er warf den Grünen Populismus vor. So einen „Blödsinn“ mache seine Fraktion nicht mit.

Wolfgang Waldmüller (CDU) hält die Lagerung auf der Deponie Ihlenberg für sicher und wirtschaftlich sinnvoll. Die entscheidende Frage sei die des Transportes. Jetzt müsse das schriftliche Gutachten abgewartet werden.

Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** ermahnte die Landesregierung, Verantwortung für die Menschen im Land zu übernehmen und eigene Prüfungen zur Transportsicherheit in Auftrag zu geben.

Der Antrag fand die Zustimmung der Grünen und der Linken. Mehrheitlich wurde er abgelehnt.

Drucksache 6/84

Hintergrund

Der Asbestmüll aus Niedersachsen soll mit etwa 8 000 Lastwagen-Fahrten in den nächsten Monaten auf die Deponie Ihlenberg in Mecklenburg-Vorpommern und auf eine Deponie in Schleswig-Holstein geschafft werden. Nach drei Testfahrten von der Halde bei Wunstorf zum Ihlenberg hatte Niedersachsens Sozialministerium die Transporte zunächst gestoppt, dann aber auf der Grundlage eines TÜV-Gutachtens grünes Licht gegeben. Die Landesregierung M-V hat sich am 29. November mit den geplanten

Asbest-Transporten befasst und beschlossen, ein eigenes Rechtsgutachten für den Transport des Asbestschlammes aus Niedersachsen zum Ihlenberg in Auftrag zu geben. Die Landesregierung habe rechtliche Zweifel, ob Transporte mit den vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen über diese Strecke zulässig sind, hieß es zur Begründung. Die Deponie Ihlenberg sei gebeten worden, bis zum Vorliegen des Gutachtens keine Asbesttransporte anzunehmen.

Soforthilfen für Theater gefordert

Parlament lehnt Antrag der Linken ab

Die Linksfraktion hat auf der Landtags Sitzung am 17. November Soforthilfen für Theater und Orchester gefordert, um Insolvenzen abzuwenden. Zudem sollen von der Politik die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Vielfalt der Bühnenlandschaft zu erhalten, heißt es in einem gemeinsamen Änderungsantrag von Linken und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Landesregierung solle ihre Vorstellungen über die Zukunft der Theater dem Beirat für kommunalen Finanzausgleich vorlegen und den Landtag darüber unterrichten. Beide Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt.

Schon im Einigungsvertrag sei festgehalten, dass die Finanzierung kultureller Aufgaben gesichert werden muss, erinnerte der kulturpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, **Torsten Koplín**. Die Theater im Land aber sind seiner Auffassung nach seit Jahren unterfinanziert. Rund drei Millionen Euro Soforthilfe müssten geleistet werden, ohne dies mit Auflagen zu verbinden. Die Belegschaften seien bereits geschröpft worden. Er verwies auch auf die wirtschaftliche Bedeutung der Theater und Orchester, die für Arbeit sorgen, für kulturelle Bildung und den Tourismus beleben. Seine Fraktion unterstütze das Anliegen einer landesweiten Volksinitiative, die Künstler und Politiker für den Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterlandschaft gestartet haben. Kultusminister **Mathias Brodtkorb** sieht bei der angestrebten Theaterreform zunächst die Kommunen als Träger der Häuser und die Theaterleitungen in der Pflicht, Vorschläge vorzulegen. „Sie können sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Das Land wird kein Konzept vorlegen für eine künftige Theaterstruktur“, sagte der Minister. Er erwarte intensive Gespräche mit den Verantwortlichen, um verlässliche Rahmenbedingungen für die künstlerische Arbeit der Theater zu schaffen. „Vorschläge, den Theatern lediglich mehr Geld durch das Land bereitzustellen, tragen nicht zur Beschleunigung der nötigen Strukturreform der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern bei.“

Für eine vielfältige Theaterlandschaft setzten sich SPD und CDU schon in ihrem Koalitionsvertrag ein, sagte **Ingulf Donig** (SPD). Es müssten aber dauerhaft tragfähige Strukturen geschaffen werden, forderte er. Sonst könne kein Geld fließen. Den Antrag der Linken lehne seine Fraktion ab.

„Nur zusammensparen – das ist die falsche Kulturpolitik“, sagte **Jürgen Suhr**, Fraktionschef von B' 90/DIE GRÜNEN. Ein Weiter so! könne es nicht geben, kritisierte er das Kultusministerium. Eine fortwährende Personalreduzierung wirke sich auch auf die Qualität der Theater aus und führe zu einer Verschlechterung des Angebots. Seine Fraktion unterstütze die Forderungen der Linken.

Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** schlug vor, die

Foto: Jens Büttner



Dem Mecklenburgischen Staatstheater in Schwerin drohte zum Jahresende die Zahlungsunfähigkeit.

bislang vier Orchester im Land zu zwei zusammenzulegen. „Mehr hat Schleswig-Holstein auch nicht“, sagte er. Den Antrag der Linken hält er für überflüssig. Das Bildungsministerium reagiere bereits auf die prekäre Lage der Theater und Orchester.

Die Theater sollen sich nach Auffassung des NPD-Abgeordneten **David Petereit** den „Gesetzen des Marktes“ stellen. Volksstücke, wie sie die Störtebeker-Festspiele in Ralswiek präsentieren, hätten schließlich Erfolg. „Haben Sie die Bürger mal gefragt, welche Theater sie sich wünschen?“, fragte er. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Henning Foerster (DIE LINKE) betonte, das Kultusministerium dürfe die Lasten nicht allein den Beschäftigten in den Theatern aufbürden. „Die neue Landesregierung hat sich entschieden, nichts zu entscheiden und die Probleme den betroffenen Kommunen zu überlassen“, kritisierte er.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** betonte, dass sie noch immer Mitglied des Aufsichtsrates am Schweriner Theater ist. Wer mehr Geld fordere, müsse auch sagen, wo es herkommen soll. „Das gehört zur Ehrlichkeit dazu“, sagte sie. Um die Theaterlandschaft zu finanzieren, seien alle gefragt, nicht nur das Land.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/80

Änderungsantrag DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/125

Hintergrund

Seit Mitte der 90er Jahre liegen die Landeszuschüsse bei 35,8 Millionen Euro pro Jahr. Nach Regierungsplänen soll diese Summe bis 2020 konstant bleiben. Die Landesregierung argumentiert, dass die Zuschüsse von Land und Kommunen, gemessen an der Einwohnerzahl in M-V, doppelt so hoch seien wie in vergleichbaren westdeutschen Flächenländern. Aufgrund von Kostensteigerungen, etwa bei Gehältern und Energie, geraten die Theater und Orchester seit Jahren immer stärker unter finanziellen Druck. Dem Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin drohte jüngst der Konkurs, weil eine Million Euro im Etat fehlten. Das Land half mit 500.000 Euro aus, fordert aber ein Konsolidierungskonzept. Die Stadt Schwerin stellt weitere 500.000 Euro bereit. Das Theater Vorpommern sieht in der Soforthilfe für das Schweriner Haus eine Ungleichbehandlung. Bei aller gebotenen Solidarität müsse das Land einen gerechten Ausgleich schaffen.

Fotos: Jens Büttner



Bundeswehrrabzug

Land will betroffene Kommunen unterstützen

Das Landesparlament hat den von Kasernenschließungen betroffenen Kommunen Unterstützung zugesichert. Das Kabinett solle aber bei der Finanzierung des Strukturwandels auch den Bund in die Pflicht nehmen. Einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen stimmten auf der Sitzung am 16. November die Fraktionen von SPD, CDU und B'90/DIE GRÜNEN zu. Die Forderung der Linken nach einem Konversionsprogramm und einer entsprechenden Bundesratsinitiative wurde mehrheitlich abgelehnt.

Mit der Nachnutzung ehemals militärischer Objekte habe das Land bereits gute Erfahrungen gemacht. Daran gelte es anzuknüpfen, sagte der SPD-Abgeordnete **Thomas Schwarz**. In dem SPD/CDU-Antrag, den er vor dem Parlament begründete, wird die Landesregierung auch aufgefordert, sich für eine kostenlose Übergabe der Flächen einzusetzen, die von der Bundeswehr nun nicht mehr genutzt werden. Insbesondere gelte das für die Kleinstadt Lübtheen. Mit den betroffenen Kommunen müssten Entwicklungskonzepte erarbeitet werden.

Peter Ritter von der Linksfraktion forderte die Landesregierung auf, noch entschiedener auf Hilfen des Bundes zu dringen. Berlin solle einen Gesetzentwurf über ein Konversionsprogramm vorlegen, das zwischen Bund und Ländern abgestimmt ist. Die Kommunen müssten in jedem Fall „den ersten Zugriff“ auf die Liegenschaften haben. Er forderte zudem einen Konversionsfonds aus Mitteln des Verteidigungshaushalts, mit dem Förderprogramme finanziert werden können. Bislang sei die Bundesregierung nicht bereit, die Verantwortung für die Folgen der Standortschließungen zu übernehmen, kritisierte er.

„Wir wollen helfen, neue Perspektiven zu finden. Wir werden helfen, wo wir können“, sagte Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Er forderte den Bund auf, die nicht mehr benötigten Liegenschaften „zu vernünftigen Preisen“ abzugeben, um diese dann für zivile Nutzungen vorbereiten zu können. Im Zuge der Bundeswehrreform werden im Nordosten drei der 23 Standorte geschlossen. Insgesamt verliert das Land



etwa ein Drittel der zuletzt 14.200 Dienstposten, kommt nach Ansicht von Sellering damit aber im Vergleich der Bundesländer noch gut weg. „Mecklenburg-Vorpommern behält eine starke Präsenz der Bundeswehr. Darüber freuen wir uns“, sagte der Ministerpräsident. Die schmerzhaftesten Einschnitte gebe es in der Region Neubrandenburg.

Die Einschnitte seien für die betroffenen Gemeinden gravierend, sagte **Jutta Gerkan** (B'90/DIE GRÜNEN). Gerade die strukturschwachen Regionen sind ihren Angaben nach am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Für eine „zukunftsorientierte Konversion“ sieht die Parlamentarierin Bund und Land in der Verantwortung. Deshalb werde ihre Fraktion sowohl den Antrag der Koalitionsfraktionen als auch den der Linken unterstützen.

Udo Pastörs (NPD) warf den Grünen ein „gestörtes Verhältnis zur Verteidigungsarmee“ vor. Der Antrag der Koalition sei „nebulös“ und wenig konkret. Konkrete Vorschläge dagegen würde die Linke machen. Diesem Vorschlag werde seine Fraktion zustimmen.

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** kündigte großzügige Förderung aus verschiedenen Fonds an. „Es wird umfassende Hilfen geben, wenn die Konzepte stimmen“, sagte er. Das Land werde strukturpolitische Umgestaltung begleiten.

Der CDU-Abgeordnete **Dietmar Eifler** forderte ebenfalls die unentgeltliche Abgabe der Bundeswehr-Flächen durch den Bund an die Kommunen. „Der Bund ist verpflichtet, finanziell zu helfen“, betonte er. Dort, wo Standorte geschlossen werden, müssten Konzepte entwickelt werden. In bestimmten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns werde die Bundeswehrpräsenz zum Teil auch gestärkt. Er nannte Marine- und Luftwaffenstandorte als Beispiele. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich seinen Angaben nach zur Bundeswehr und ihrer Umwandlung in eine Freiwilligen-Armee. Der Antrag von SPD und CDU mache den der Linken überflüssig.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/86

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/73

Bundeswehrreform

Verteidigungsminister Thomas de Maizière will in den kommenden Jahren 31 Bundeswehrstandorte schließen sowie 90 militärische Einrichtungen stark verkleinern. Mecklenburg-Vorpommern verliert drei Standorte (Trollenhagen, Rechlin und Lübtheen) und mit Stellenstreichungen in Neubrandenburg und an der Marineschule Parow insgesamt rund 3000 Dienstposten.

Sommerhochwasser

Keine Zusatzhilfen für hochwassergeschädigte Agrarbetriebe

Die Landesregierung sieht derzeit keine Veranlassung, den vom Sommerhochwasser geschädigten Agrarbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche Hilfen zu gewähren. Mit der Stundung von Pachtraten und Steuerzahlungen, Kreditbürgschaften und Liquiditätshilfen habe das Land bereits vor Wochen auf die Folgen der Überflutungen im Sommer reagiert.

„Wenn zwingende Gründe weitere Maßnahmen nötig machen, werden wir sie ergreifen. Ich sehe solche Gründe aber derzeit nicht“, sagte Agrarminister **Dr. Till Backhaus** am 17. November im Landtag. Er reagierte damit auf Anträge, die von der SPD/CDU-Koalition sowie von der oppositionellen Linksfraktion eingebracht wurden.

Die außergewöhnlich starken Niederschläge im Sommer 2011 haben **Thomas Krüger** (SPD) zufolge vor allem Landwirtschaft und Tourismus in Mitleidenschaft gezogen. Flüsse seien über die Ufer getreten und hätten Felder, Zeltplätze und Wohngebiete überflutet, sagte er bei der Begründung des Koalitionsantrages. Besonders betroffen waren seinen Angaben nach Vorpommern, der Großraum Rostock und das mittlere Mecklenburg. Die Landesregierung solle das Naturereignis nun analysieren, um dann mögliche „Schwachpunkte im Wassermanagement der Kommunen, der Wasser- und Bodenverbände sowie des Landes abstellen zu können“.



Das extreme Sommerhochwasser habe zu starken Verlusten bei der Getreideernte und der Grünfuttengewinnung geführt, sagte **Prof. Dr. Fritz Tack** (DIE LINKE). Diese Schäden bedrohten vor allem kleine, auf ökologischen Landbau ausgerichtete Landwirtschaftsbetriebe. Sie seien unverschuldet in Existenznot geraten. Einige Betriebe mussten sich seinen Worten nach vom Tierbestand trennen, weil das Futter nicht ausreicht. Das führte wiederum zu Entlassungen von Mitarbeitern. Die Landesregierung müsse zeitnah finanzielle



Fotos: Jens Büttner

Ende Juli hat Dauerregen im Nordosten Deutschlands innerhalb von nur einer Woche Straßen und Keller, aber auch Felder und Wiesen unter Wasser gesetzt. Gebietsweise summierten sich die Regenmengen auf mehr als 100 Liter pro Quadratmeter.

Unterstützung gewähren. „Geben Sie den betroffenen Betrieben schnell die Gewissheit, dass sie in Mecklenburg-Vorpommern nicht im Regen stehen gelassen werden“, forderte Prof. Tack im Namen seiner Fraktion.

Minister **Dr. Till Backhaus** zufolge fehlen belastbare Daten zu den Betriebsergebnissen. Backhaus kündigte an, dass die Agrar-Ausgleichszahlungen der EU im Umfang von 410 Millionen Euro vorfristig zum 1. Dezember auf den Konten der Landwirtschaftsbetriebe im Nordosten gutgeschrieben würden.

Dr. Ursula Karlowski (B'90/DIE GRÜNEN) signalisierte Zustimmung für den Antrag der Linksfraktion. Den landwirtschaftlichen Betrieben, die vom Hochwasser betroffen waren, müsse sofort geholfen werden. Gleichzeitig forderte sie geeignete Maßnahmen für den Hochwasserschutz. Krautungen – also das Entfernen von Pflanzen im Wasser und am Ufer – seien nicht geeignet, um Überflutungen zu verhindern. Sie kündigte für ihre Fraktion an, dem Koalitionsantrag zuzustimmen. Die Forderung der Grünen, den Antrag im Agrarausschuss zu beraten, wurde abgelehnt.

Die extremen Niederschläge haben auch **Heino Schütt** (CDU) zufolge unbestreitbar zu Defiziten bis hin zu Totalverlusten in der Landwirtschaft geführt. Da sei zügige Hilfe von der Landesregierung gefragt. Doch müsse das Land auch dafür sorgen, dass in jeder Wettersituation der Wasserabfluss gewährleistet ist. Dazu verpflichte schon das Wasserhaushaltsgesetz. Er unterstützte den SPD/CDU-Antrag, der die Landesregierung zu einer genauen Analyse des Hochwassergeschehens im Sommer 2011 auffordert. Man müsse wissen, ob und wo eine bessere Pflege der Gewässer notwendig sei. Den Antrag der Linken lehnte seine Fraktion ab.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** mahnte an, dass auch Eigenheimbesitzer und Campingplatzbetreiber Hilfe benötigten. Auch sie hätten Verluste durch das Hochwasser zu verzeichnen. Die bislang geplanten Beihilfen würden die Landwirte nicht nachhaltig entlasten. Sie würden die Belastungen nur vor sich herschieben, um doch irgendwann zahlen zu müssen, sagte er.

Der SPD/CDU-Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Der Antrag der Linken, der die Zustimmung aller Oppositionsfraktionen fand, wurde abgelehnt.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/87

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/77

Abgeordnetengesetz

Kommission soll Altersbezüge neu regeln

Das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern hat am 16. November mehrheitlich ein neues Abgeordnetengesetz beschlossen. Die Änderungen gehen auf einen Gesetzentwurf zurück, den SPD, CDU und DIE LINKE gemeinsam vorlegten. Die Novelle sieht unter anderem vor, den Taggeld-Paragrafen zu streichen. Die Mitglieder des Landtages verzichten ab 2012 auf die bislang gezahlten Sitzungsgelder von 20 Euro je Tag. Die regelmäßige Anpassung der Diäten an die Besoldungsentwicklung bei Richtern bleibt bestehen. Die Höhe der monatlichen Entschädigung der 71 Abgeordneten („Diät“) beträgt 5197,86 Euro. Der Nettobetrag liegt in der Regel unter 4000 Euro und variiert je nach Steuerklasse, Kinderzahl und Ausgaben für die Krankenversicherung. Altersentschädigung können ehemalige Abgeordnete künftig erst mit 67 statt zuvor 65 Jahren beziehen. Das Parlament votierte zudem für die Einsetzung einer Kommission. Diese soll Vorschläge für die Neuregelung der Altersbezüge und Übergangsgelder und eine Verkleinerung des Parlaments prüfen. Ergebnisse sollen bis Mitte 2013 vorgelegt werden.

Der Landtag sei gesetzlich verpflichtet, das Abgeordnetengesetz gleich zu Beginn einer neuen Legislaturperiode zu beschließen, erklärte Parlamentspräsidentin **Sylvia Bretschneider**. Sie wies Darstellungen zurück, wonach mit dem neuen Gesetz eine Diätenerhöhung beschlossen werde. Den im Gesetzentwurf genannten Betrag erhalten die Abgeordneten des Landtages bereits seit Januar 2011. Mit der Aufnahme der aktuellen Summe im Gesetz werde lediglich die Gehaltsentwicklung bei den Richtern nachvollzogen. Die Ankopplung der Abgeordnetendiäten an die Beamtenbesoldung sei eine richtige Entscheidung gewesen. „Es ist angemessen für die Arbeit innerhalb des gesetzgebenden – also rechtsetzenden – Verfassungsorgans dieses Landes, dass wir uns anlehnen an die Bezahlung eines Teils der Rechtsanwender, nämlich der Richterinnen und Richter“, begründete sie.

Peter Ritter, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, äußerte sich skeptisch zu einer möglichen Reduzierung der Abgeordnetenzahl. Schon jetzt sei es schwierig, den Kontakt zu den Wählern in den Wahlkreisen zu halten. Auf eine öffentliche Diskussion über die Abgeordnetendiäten hätten die Bürger einen Anspruch. Mit dem Ergebnis könne man naturgemäß nie alle zufriedenstellen. Bei der nun vorliegenden Novelle bleiben seinen Worten nach die wesentlichen Regelungen des alten Gesetzes erhalten. Er kritisierte die NPD-Fraktionsmitglieder, die Abgeordnetenentschädigungen einerseits geißelten und „andererseits am Monatsende trotzdem die Hand aufhalten und das Geld ... der Steuerzahler dafür nutzen, die klamme Parteikasse aufzufüllen“.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Wolf-Dieter Ringguth**, verteidigte die getroffenen Festlegungen. „Die Anpassung an das Richter Gehalt ist eine kluge Regelung. Jeder Angestellte im öffentlichen Dienst bekommt auch regelmäßig eine Erhöhung“, sagte er. In den vergangenen fünf Jahren sind die Diäten der Landtagsabgeordneten um 700 Euro gestiegen, wie auch das Gehalt der Richter am Landgericht. Eine vernünftige Entlohnung der Abgeordneten liege auch im Interesse der Wähler, die eine gute Arbeit und eine hohe Präsenz ihrer Vertreter erwarteten. Deshalb sei ein hohes Maß an Transparenz bei der Festlegung nötig.

Auch Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr**, dessen Fraktion sich in der Abstimmung geschlossen der Stimme enthielt, bekannte sich zur automatischen Diätenanpassung. Die Kopplung der Diäten an die Richtergehälter ist auch seiner Auffassung nach ein richtiger Schritt gewesen. Seine Fraktion strebe aber eine deutliche Reduzierung der Übergangsgelder und Änderungen bei der Altersversorgung an. Andere Landesparlamente hätten bereits akzeptable Lösungen geschaffen. Daran könne man sich orientieren.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** lehnte im Namen seiner Fraktion die Gesetzesänderung ab. Er kritisierte auch die Regelung für die Übergangsgelder, nach der ehemalige Abgeordnete noch drei Jahre lang zunächst 90 und dann 50 Prozent ihrer Diäten erhalten. Eine einjährige Zahlung sei genug, sagte Andrejewski.

Die geplante Kommission für die Neuregelung der Altersbezüge und Übergangsgelder braucht nach Ansicht von **Heinz Müller** (SPD) Sachverstand von außen. „Wir wollen bei der po-

Abgeordneten-Diäten

Die Entschädigung der Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern lehnt sich an die Besoldung eines Vorsitzenden Richters am Landgericht an. Gemäß § 28 Abgeordnetengesetz M-V wird die Grundentschädigung innerhalb einer Legislaturperiode am 1. Januar eines jeden Jahres entsprechend der Entwicklung der Beamten- und Richterbesoldung im Land angepasst. Mit Wirkung zum 1. Januar 2010 wurde außerdem die bei Beamten und Richtern erfolgte Ost-West-Angleichung der Bezüge für die Landtagsabgeordneten nachvollzogen. Aus den genannten Gründen beträgt die zu versteuernde Grundentschädigung seit Januar 2011 5197,86 Euro. Davon erhalten die Abgeordneten aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen einen

monatlichen steuerpflichtigen Auszahlungsbetrag von 5 184 Euro brutto. Der den Abgeordneten netto zur Verfügung stehende Betrag liegt in der Regel unter 4000 Euro und variiert je nach Steuerklasse, Kinderzahl und Ausgaben für die Krankenversicherung. Die jeweils aktuelle Höhe der Entschädigung wird im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes und auch im Handbuch des Landtages öffentlich und transparent gemacht. Das Abgeordnetengesetz Mecklenburg-Vorpommern schreibt vor, dass der Landtag innerhalb des ersten Halbjahres nach der konstituierenden Sitzung über die Anpassung der Entschädigung mit Wirkung für die gesamte Wahlperiode entscheiden muss (§ 6 Abs. 1).

litischen Entscheidung nicht im eigenen Saft braten“, betonte er. Alle Fragen müssten „ergebnisoffen“ diskutiert werden. Er verteidigte die Kopplung der Diäten an die Richtergehälter. Eine verantwortungsvolle Arbeit müsste auch entsprechend entlohnt werden.

Dem neuen Abgeordnetengesetz zufolge sollen die Altersbezüge für neue Abgeordnete erst nach Vollendung des

67. Lebensjahres gezahlt werden. Bislang ist eine Altersgrenze von 65 Jahren festgelegt. Zudem wurden Regelungen zur Bezahlung der Parlamentarischen Geschäftsführer getroffen, die Zuschläge von 75 Prozent der monatlichen Diäten erhalten. Fraktionschefs erhalten doppelte Diäten.

Drucksachen 6/10 und 6/112

Finanzierung der Abgeordneten und Fraktionen

Abgeordnete

Entschädigung

Seit Januar 2011 erhalten die Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern eine voll zu versteuernde Grundentschädigung in Höhe von **5.184,- Euro brutto**. Diese Entschädigung lehnt sich an die Besoldung eines Vorsitzenden Richters am Landgericht an. Jeweils am 1. Januar wird die Grundentschädigung entsprechend der Entwicklung der Richterbesoldung im Land angepasst. Der den Abgeordneten netto zur Verfügung stehende Betrag liegt in der Regel unter 4000 Euro und variiert je nach Steuerklasse, Kinderzahl und Ausgaben für die Krankenversicherung.

Parlamentarische Sonderfunktionen

Für die Ausübung ihrer besonderen parlamentarischen Ämter erhalten die Landtagspräsidentin und die Fraktionsvorsitzenden den doppelten Betrag der Grundentschädigung. Den Vizepräsidentinnen steht zusätzlich jeweils die Hälfte der Grundentschädigung zu. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen erhalten seit November 2011 eine zusätzliche monatliche Entschädigung in Höhe von 75 Prozent der Grundentschädigung. Die Zuschüsse für die Fraktionen werden entsprechend gekürzt.

Kostenpauschale

Zur Abgeltung der im Zusammenhang mit dem Mandat stehenden Ausgaben erhält jeder Abgeordnete eine so genannte Amtsausstattung, die Geld- und Sachleistungen umfasst. Gemäß Abgeordnetengesetz Mecklenburg-Vorpommern erhält ein Abgeordneter eine monatliche steuerfreie Pauschale in Höhe von 1.236,- Euro (Kostenpauschale). Dieses Geld dient zur Betreuung des Wahlkreises und soll insbesondere die Büromiete sowie Kosten für Mobiliar, Schreibarbeiten, Porto und Telefon decken. Ein Abgeordneter, der Amtsbezüge als Mitglied der Landesregierung bezieht, erhält 75 Prozent der Kostenpauschale.

Zur Amtsausstattung zählen auch die unentgeltliche Benutzung der Telefone im Landtagsgebäude, soweit dies zur Mandatsausübung erforderlich ist, und die unentgeltliche Nutzung eines vom Landtag zur Verfügung gestellten Tablet-Computers. Durch den Einsatz dieser Computer spart der Landtag nach Abzug der hierfür anfallenden Kosten rund 137.000 Euro und bis zu 24,6 Tonnen Papier pro Jahr.

Reisekostenentschädigung

(Fahrtkostenerstattung und Übernachtungsgeld)

Ein Abgeordneter erhält für die Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, einer Fraktion und eines Gremiums der Fraktion auf Antrag Reisekostenentschädigung. Diese umfasst die Fahrtkostenerstattung und gegebenenfalls Übernachtungsgeld. Benutzt der Abgeordnete zur Teilnahme an einer der oben genannten Sitzungen einen Privatwagen, so erhält er eine Wegstreckenentschädigung (0,30 Euro pro gefahrenen Kilometer). Für Tage, an denen Abgeordnete von Sitzungen ausgeschlossen werden, steht ihnen keine Reisekostenentschädigung zu.

Hat ein Abgeordneter wegen der Teilnahme an einer Sitzung oder Veranstaltung des Landtages aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wohnortes übernachtet, wird ein Übernachtungsgeld in Höhe von 20 Euro gewährt. Sollte der Abgeordnete wegen der großen Entfernung seines Wohnortes zum Landtagssitz eine Zweitwohnung anmieten, erhält er für die Dauer seiner Mitgliedschaft im Landtag gegen Nachweis einen Mietzuschuss – höchstens jedoch 400 Euro im Monat.

Tagegeld

Das bisher für die Teilnahme an Sitzungen oder Veranstaltungen des Landtages gezahlte Tagegeld in Höhe von 20 Euro entfällt ab Januar 2012.

Übergangsgeld

Ein Abgeordneter erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag auf Antrag Übergangsgeld. Dies gilt nicht, sofern der Abgeordnete Anspruch auf Altersentschädigung, Versorgungsbezüge oder eine Rente hat. Die Höhe des Übergangsgeldes bezieht sich prozentual auf die Grundentschädigung und ist nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Landtag gestaffelt. Nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft kann für drei Monate ein Übergangsgeld in Höhe von 90 Prozent der Grundentschädigung gewährt werden, bei mindestens zweijähriger Landtagszugehörigkeit für weitere neun Monate 70 Prozent. 50 Prozent für weitere zwei Jahre, wenn der Abgeordnete dem Landtag mindestens fünf Jahre angehört hat. Das Übergangsgeld, mit dem mögliche Zeiten bis zur beruflichen Wiedereingliederung überbrückt werden sollen, ist binnen eines Monats nach dem Ausscheiden aus dem Landtag zu beantragen. Jegliches Einkommen des ehemaligen Abgeordneten wird in die Berechnung der Höhe des Übergangsgeldes einbezogen.

Altersentschädigung

Abgeordnete, die bislang nicht dem Landtag angehört haben, haben mit Vollendung des 67. Lebensjahres nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag einen Anspruch auf Altersentschädigung, wenn sie dem Landtag ein Jahr angehört haben. Gehört Abgeordnete dem Landtag in der 5. Wahlperiode mindestens ein Jahr an, besteht ein Anspruch auf Altersentschädigung mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Abgeordnete, die bereits vor der 5. Wahlperiode dem Landtag mindestens vier Jahre angehört haben, erhalten nach ihrem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Die Altersentschädigung beträgt vier Prozent der Grundentschädigung für jedes der ersten fünf Jahre der Mitgliedschaft und jeweils 3,5 Prozent der Grundentschädigung für das sechste bis zehnte Jahr Mitgliedschaft. Für das elfte bis zwanzigste Jahr der Mitgliedschaft erhöht sich die Altersentschädigung um weitere drei Prozent und für jedes Jahr ab dem einundzwanzigsten Jahr nochmals um zwei Prozent der Grundentschädigung. Insgesamt beträgt die Altersentschädigung höchstens 71,75 Prozent der Grundentschädigung.

Wahlkreismitarbeiter

Einem Abgeordneten werden – gegen entsprechende Nachweise – Kosten für die Beschäftigung von Wahlkreismitarbeitern bis zu einer Höhe von jährlich 35.047,32 Euro erstattet.

Pro Monat werden maximal 2920,61 Euro erstattet.

Die Erstattung kommt nur dann in Betracht, soweit der Landtagsverwaltung zu Beginn des Arbeitsverhältnisses ein Führungszeugnis des Mitarbeiters vorliegt, das keine Eintragungen wegen der vorsätzlichen Begehung einer Straftat enthält, und

der Mitarbeiter nicht mit einem Abgeordneten des Landtages verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft verbunden, bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert ist.

Fraktionen

Jede Fraktion erhält zur Finanzierung ihrer parlamentarischen Arbeit einen Fraktionszuschuss. Dieser setzt sich zusammen aus einem festen Grundbetrag, einem festen Betrag für jedes Mitglied der Fraktion und einem Spezialisierungszuschlag. Oppositionsfraktionen erhalten zusätzlich einen Oppositionszuschlag. Die Fraktionen verwenden diese Mittel in eigener Verantwortung und sind verpflichtet, jährlich darüber Rechenschaft abzulegen. Aus den Zuschüssen werden unter anderem die Gehälter der Fraktionsmitarbeiter finanziert. deren Anzahl ist nicht festgelegt. Die Verwendung der Fraktionsgelder für Parteaufgaben ist unzulässig. Im aktuellen Haushaltsplan sind für das Jahr 2011 insgesamt Zuschüsse an die fünf Landtagsfraktionen in Höhe von rund 5,7 Millionen Euro ausgewiesen.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Parlamentarische Kontrollkommission (PKK)

Der Landtag hat am 17. November die sechs Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gewählt. Das Gremium, das für die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zuständig ist, besteht in der Regel aus sechs Mitgliedern des Landtages, die nicht der Landesregierung angehören dürfen. Zwei Mitglieder sollen der parlamentarischen Opposition angehören.

Der PKK der 6. Wahlperiode gehören folgende Abgeordnete an:

Dr. Norbert Nieszery, SPD

Manfred Dachner, SPD

Wolf-Dieter Ringguth, CDU

Michael Silkeit, CDU

Peter Ritter, DIE LINKE

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Innenministerium hat die PKK umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Die PKK kann ferner den Landesbeauftragten für den Datenschutz beauftragen, die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde zu überprüfen und der Kommission das Ergebnis der Überprüfung mitzuteilen. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen der parlamen-

tarischen Mehrheit und der parlamentarischen Minderheit. Die Kandidaten für die PKK der 6. Wahlperiode wurden gemeinsam von den Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen. Die NPD, die auf der Landtagssitzung am 16. November vergeblich versucht hatte, sich über eine Gesetzesänderung einen Platz in der PKK zu sichern, ist in der Kommission nicht vertreten. Ihr Kandidat David Petereit erhielt lediglich fünf Stimmen. DIE NPD ist mit fünf Abgeordneten im Landtag vertreten.

G 10-Kommission

Am 17. November hat der Landtag die vier Mitglieder der G 10-Kommission und ihre Stellvertreter gewählt.

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Stefanie Drese, SPD	Jochen Schulte, SPD
Michael Silkeit, CDU	Wolf-Dieter Ringguth, CDU
Barbara Borchardt, DIE LINKE	Peter Ritter, DIE LINKE
Johann-Georg Jaeger, B'90/DIE GRÜNEN	Jürgen Suhr, B'90/DIE GRÜNEN

Die Arbeit dieser Kommission bezieht sich auf den Artikel 10 des Grundgesetzes, in dem das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis festgeschrieben ist. Beschränkungen dieses

Grundrechts in Mecklenburg-Vorpommern kann nur der Innenminister anordnen. Hält er eine solche Anordnung für erforderlich, muss er die G10-Kommission des Landtages im Voraus darüber informieren. Nur bei Gefahr im Verzug darf er den Vollzug bereits vor der Unterrichtung des Parlamentes anordnen. Bei Beschwerden gegen solche Anordnungen entscheidet die G10-Kommission über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, muss der Innenminister unverzüglich aufheben.

SOG-Gremium

(Gremium gemäß § 34 des Gesetzes für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern)

Um schwere Straftaten abzuwehren, darf die Polizei unter strengen Bedingungen verdächtige Personen in ihrem Privatbereich abhören oder andere Aufzeichnungen anfertigen. Voraussetzung für diesen sogenannten „Einsatz technischer Mittel zur Erhebung personenbezogener Daten in oder aus Wohnungen oder aus Vertrauensverhältnissen“ ist eine richterliche Genehmigung. Das Innenministerium muss das SOG-Gremium des Landtages jährlich über Zahl und Art solcher Einsätze in Mecklenburg-Vorpommern informieren. Auch das Justizministerium muss dem Gremium Bericht erstatten.

Der Vorsitz im Gremium wechselt jährlich zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der parlamentarischen Minderheit.

Der Landtag hat am 17. November auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN folgende Mitglieder gewählt:

Dr. Norbert Nieszery, SPD

Manfred Dachner, SPD

Wolf-Dieter Ringguth, CDU

Peter Ritter, DIE LINKE

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Elektronische Fußfessel

Die Justiz in Mecklenburg-Vorpommern wird in Kürze den dritten freigelassenen Straftäter mit einer elektronischen Fußfessel überwachen. Der Einsatz der Fußfessel ist nach Ansicht von Justizministerin Uta-Maria Kuder zwar kein Allheilmittel, gebe aber ein zusätzliches Instrument an die Hand, um Rückfalltaten so weit wie möglich zu verhindern und den Schutz der Öffentlichkeit weiter zu verbessern. Die Aufenthaltsüberwachung solle durch eine gemeinsame Kontrollstelle der Bundesländer mit Sitz in Hessen erfolgen. Den dafür nötigen Staatsvertrag überwies der Landtag am 16. November zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Seit Anfang 2011 können Gerichte das Tragen der elektronischen Fußfessel als Teil der Führungsaufsicht anordnen. Mecklenburg-Vorpommern war Anfang März das erste Bundesland, das eine Fußfessel aufgrund einer richterlichen Entscheidung anlegen ließ. Das Gerät ähnelt Experten zufolge einer Plastikuhr und trägt im Inneren einen GPS-Sender – ähnlich wie bei einem Navigationsgerät. Der Standort des Trägers wird damit rund um die Uhr ermittelt und an

die Überwachungsstelle weitergeleitet. Bei Verletzung der Aufenthaltsmaßgaben wird Alarm ausgelöst, wie auch beim Versuch, die Fußfessel abzustreifen.

Drucksache 6/29

Eigenkapital der Nord/LB stärken

Die Eigenkapitaldecke der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale (Nord/LB) soll gestärkt werden. Unter anderem will das Land Niedersachsen eine Aufstockung des Stammkapitals in Höhe von 600 Millionen Euro vornehmen. Zudem sind mehrere Neuregelungen in Bezug auf die Wandlung stiller Einlagen vorgesehen. Voraussetzung für eine Änderung der Kapitalverhältnisse ist eine Novelle des Staatsvertrages. Dem müssen alle drei Vertragspartner zustimmen. Die Bank ist eine gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts der Länder Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist Landesbank für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und Girozentralbank für die Sparkassen aller drei Länder. Mecklenburg-Vorpommern entstehen durch die Neuregelungen keine Kosten. Der Gesetzentwurf wurde am 16. November vom Landtag zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen.

Drucksache 6/30

Besoldung angepasst

Mit einigen Monaten Verzögerung sollen nun auch die Beamten und Richter des Landes von der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst profitieren. Für die Angestellten waren bereits im März 2011 Steigerungen bei der Entlohnung vereinbart worden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung hat der Landtag am 16. November zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen.

Neben einer Einmalzahlung von 360 Euro soll eine Anhebung der Bezahlung um 1,5 Prozent rückwirkend zum 1. April 2011 und eine weitere Anhebung um 1,9 Prozent zum 1. Januar 2012 erfolgen. Die Anpassung der Bezüge soll auch für Pensionäre gelten – allerdings ohne die Einmalzahlung.

Drucksache 6/70

Verfassungsschutzgesetz

Die NPD-Fraktion scheiterte am 16. November mit ihrem Antrag, im Landesverfassungsschutzgesetz festzuschreiben, dass alle im Landtag vertretenen Fraktionen in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) vertreten sein sollen. § 27 Abs. 2 des aktuellen Verfassungsschutzgesetzes schreibt vor, dass die PKK aus sechs Mitgliedern besteht, die der Landtag zu Beginn jeder Wahlperiode aus seiner Mitte wählt: Zwei Mitglieder sollen der parlamentarischen Opposition angehören, und die Mitglieder dürfen nicht der Landesregierung angehören. Die Überweisung des Antrags in den Innenausschuss wurde durch SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Gemäß § 48 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Drucksache 6/83

Rechtsextremen Terror bekämpfen

Mordserie durch Neonazis beschäftigt Landtag

Die Serie brutaler Morde, die auf das Konto Thüringer Neonazis gehen soll, beschäftigt auch den Landtag in Schwerin. Auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN wurde das Thema „NSU als rechtsextremes Terrornetzwerk – eine Gefahr für Mecklenburg-Vorpommern“ auf der Sitzung am 17. November zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei diskutierten die Abgeordneten erneut auch über ein NPD-Verbot. Eines der zehn Opfer der Gruppe wurde in Rostock erschossen, rechtsextremistische Motive waren bei den jahrelang erfolglosen Ermittlungen dem Vernehmen nach nicht in Erwägung gezogen worden. Die LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Originalauszüge aus der Debatte.

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Wir haben es täglich hier im Landtag mit den geistigen Vätern dieser Terroristen zu tun“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute auf Antrag aller demokratischen Fraktionen mit den furchtbaren Taten rechtsextremer Kapitalverbrecher, die Deutschland seit Tagen in Atem halten und zutiefst beschämen. Ich denke, ich darf hier im Namen aller Demokraten sagen, dass ich große Trauer für die Opfer empfinde, und möchte deren Familien meine tiefe Anteilnahme aussprechen.“

Meine Damen und Herren, die Vorkommnisse um die Gruppierung ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ – NSU – haben eine neue Qualität des rechtsextremen Terrors offenbart. Jetzt ist deutlich geworden, dass die Neonazis vor kaltblütigen Morden an ausländischen Mitbürgern und Polizeibeamten nicht zurückschrecken. Auch in unserem Bundesland wurde offenbar ein solcher Mord verübt. So wurde im Februar 2004 der damals 25-jährige türkische Döner-Verkäufer Yunus Turgut im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel mutmaßlich von der NSU ermordet.

Die Radikalisierung der drei im Untergrund lebenden NSU-Terroristen hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen, das uns alle bestürzt und sprachlos macht. Doch es darf uns nicht sprachlos machen. Wir Demokraten haben die Verpflichtung, uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die abscheulichen Verbrechen dieses rechten Terrors zur Wehr zu setzen.

Auch wenn die neuesten Erkenntnisse unsere Vorstellungskraft übersteigen, so mahnen und warnen wir nicht ohne Grund schon seit vielen Jahren vor den Umtrieben der rechtsextremen Szene. Es muss endlich ins öffentliche Bewusstsein dringen, dass wir in Deutschland annähernd 10.000 – 10.000! – gewaltbereite Neonazis haben. Wohin diese Gewaltbereitschaft führen kann, haben uns die jüngsten Ereignisse schmerzlich vor Augen geführt.

Meine Damen und Herren, doch die Gewalt und die Straftaten sind vielschichtiger. Dazu zählen neben Hakenkreuzschmierereien auch feige Anschläge auf Wahlkreisbüros – Herr Peterreit ist leider nicht da –, aber auch brutale Körperverletzungen.

(Stefan Köster, NPD: Da ist doch überhaupt nichts nachgewiesen worden. – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Bei einer Gesamtzahl von fast 16.000 Delikten im Jahre 2010 müssen wir endlich begreifen, dass rechtsextreme Taten leider traurige Realität

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

unseres Alltags sind, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, hören Sie zu!)

Diese müssen konsequent bekämpft werden. Wir dürfen sie weder verharmlosen noch verschweigen.

(Michael Andrejewski, NPD: Kämpfen Sie gegen Ihre V-Männer!)

Wir dürfen sie aber auch nicht hysterisch überbewerten.

Wir hier in MV tun dies schon lange nicht mehr, denn wir verfügen leider über umfangreiche Erfahrungen mit rechts-extremistischen Umtrieben.

(Udo Pastörs, NPD: Ha! Umtrieben!)

Eine gewaltbereite Neonaziszene verübt seit Jahren nicht nur Anschläge auf unsere Wahlkreisbüros oder schüchtert ganze Dorfgemeinschaften ein,

(Vincent Kokert, CDU: Richtig, so ist es.)

nein, wir haben es dazu auch noch tagtäglich mit den geistigen Vätern dieser Terroristen hier im Landtag zu tun, Herr Pastörs.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Stefan Köster, NPD: Soll ich Ihnen ein Taschentuch reichen?! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gleichwohl, meine Damen und Herren, stellen die NSU-Taten eine bislang nicht gekannte Dimension rechtsextremer Gewalt dar. Zurzeit ist gesichert, dass sich mindestens drei Personen seit den 90er Jahren in eine Spirale der Gewalt begeben haben,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die von Banküberfällen und Sprengstoffattentaten bis hin zu rücksichtslosen und kaltblütigen Morden reichte. Ihr ideologisches Fundament war eine extrem rassistische, menschenverachtende und gewaltverherrlichende Gesinnung. Diese führte sie von der Neonazigruppierung ‚Thüringer Heimatschutz‘

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

zu ihrer eigenen Terrorvereinigung, dem ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘. Alle Mitglieder der NSU waren in der Neonaziszene aktiv, die beiden Männer und die Frau in der ‚Kameradschaft Jena‘. Es verdichten sich derzeit die Hinweise, dass eines der Mitglieder eben dieser ‚Kameradschaft Jena‘ später der NPD beigetreten ist. Er agierte sogar zeitweise als stellvertretender Landesvorsitzender.

(Heinz Müller, SPD: Ah ja! –

Michael Andrejewski, NPD: Vielleicht war er ja V-Mann.)

Die Frage, wie weit und wie lange der Kontakt der NSU-Mitglieder über ihr Abtauchen in den Untergrund hinaus zu den ehemaligen Neonazikameraden ging, muss aus meiner Sicht ein wesentlicher Ermittlungsschwerpunkt sein.

(Jochen Schulte, SPD: Sollte man mal untersuchen, ne?!)

Interessant sind geradezu die panischen Versuche der Neonaziszene, jeden Kontakt, jede Verstrickung weit von sich zu weisen. In einschlägigen Internetforen wird, wie bei den Neonazis üblich, von einer Verschwörung fabuliert oder

„ Wer Deutsche für wertvollere Menschen hält als Nichtdeutsche; wer offen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass predigt; wer jede Menge verurteilter Straftäter in den eigenen Reihen hat – der kann seine Hände nicht in Unschuld waschen, wenn radikalisierte Anhänger dieser fatalen Ideologie zu den Waffen greifen. “

gleich lapidar festgestellt, dass die Mitglieder der NSU die rechte Szene bereits 1998 verließen und in der Folgezeit lediglich als Bankräuber agierten.

Dazu passt auch der gestern eingereichte Dringlichkeitsantrag der NPD. Hier wird in heuchlerischer Weise der Versuch unternommen, von der eigenen geistigen Brandstiftung abzulenken.

(Michael Andrejewski, NPD:

Der Verfassungsschutz ist der Brandstifter.)

Stattdessen werden verschwörungstheoretische Ansätze vorgetragen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die in zynischer Weise die Täter und Mittäter zu Opfern stilisieren wollen. Das, meine Herren von der NPD, wird Ihnen jedoch niemals gelingen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Selbst der „Stern“ glaubt Ihre Märchen nicht mehr.)

Wie sich der Werdegang der Rechtsterroristen im Einzelnen entwickelt hat, werden die Ermittlungen der nächsten Tage und Wochen ergeben. Was uns aber jetzt schon Einblick in das extremistische Menschen- und Weltbild dieser Täter gibt, sind die DVDs, die in der zerstörten Wohnung gefunden worden sind.

(Michael Andrejewski, NPD:

Von wem wurden die wohl produziert!)

Darauf bekennt sich die Gruppe zu den Morden an insgesamt neun ausländischen Mitbürgern und einer Polizistin. Auf diesen DVDs, meine Damen und Herren, wird die ganze menschenverachtende Gesinnung der Rechtsterroristen deutlich. Sie feiern ihre Taten, verhöhnen und verachten ihre Opfer und machen sich lustig über die Sicherheitsbehörden, die trotz intensiver Ermittlungen keinen Fahndungserfolg vorweisen konnten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Hier offenbart sich der ganze perverse Zynismus dieser Gruppe.

Die Ermittlungen, meine Damen und Herren, sind noch nicht abgeschlossen, und die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse sollten nicht einseitig bewertet werden.

(Stefan Köster, NPD: Und das aus Ihrem Mund!)

Ich warne daher ausdrücklich davor, sich nun in Schuldzuweisungen zu ergehen und die Sicherheitsbehörden vor-schnell an den Pranger zu stellen. Wichtig und richtig ist eine lückenlose Aufarbeitung der Verbrechen, die Antworten auf viele Fragen liefern wird. Erst dann kann man beurteilen, ob es Versäumnisse oder Fehlverhalten gegeben hat.

Meine Damen und Herren, allerdings dürfen und müssen wir uns jetzt Gedanken darüber machen, woher diese Menschen ihre Gesinnung bezogen, wer sie verleitete und was sie radikalisierte, Herr Pastörs.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Udo Pastörs, NPD: Tja, das ist das Interessante.)

Seit vielen Jahren fordert nicht nur die SPD-Landtagsfraktion die Aufnahme eines NPD-Verbotsverfahrens.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir diese Forderung hier und heute erneuern, geschieht ganz unabhängig davon, ob und welche Verbindung zwischen der NPD und diesen Rechtsterroristen nachgewiesen werden kann.

(Michael Andrejewski, NPD: Sicher ist sicher.)

Es geht um den grundsätzlichen politischen Ansatz der NPD. Sie will auf aggressiv kämpferische Weise den demokratischen Rechtsstaat abschaffen. Dazu ist ihr nahezu jedes Mittel Recht.

(Stefan Köster, NPD: Das machen Sie ja schon.)

Dass einige Ihrer Gefolgsleute, Herr Pastörs, auch vor Straftaten nicht zurückschrecken, ist allen Abgeordneten in diesem Haus nur zu gut bekannt.

(Jörg Heydorn, SPD: Ja, ja. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wer den Rechtsstaat missachtet und zu Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung greift, kann zu Recht als ideologischer Wegbereiter terroristischer Straftaten angesehen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer Deutsche für wertvollere Menschen hält als Nichtdeutsche, wer offen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass predigt, wer jede Menge verurteilter Straftäter in den eigenen Reihen hat, der kann seine Hände nicht in Unschuld waschen, wenn radikalisierte Anhänger dieser fatalen Ideologie zu den Waffen greifen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, meine Herren von der NPD, säen die Gewalt und Sie, meine Herren von der NPD, tragen unmittelbare Verantwortung für die blutige Ernte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Michael Andrejewski, NPD: Das ist doch lächerlich. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Jetzt, wo nach und nach die finsternen Machenschaften des nationalsozialistischen Untergrunds ans Licht kommen,

(Stefan Köster, NPD: Des Verfassungsschutzes.)

gilt erst recht: Ein Verbot der rechtsextremen NPD muss umgehend in Angriff genommen werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“



Foto: Claudia Richter

Das Projekt „Jugend im Landtag“ bringt Jugendliche und Abgeordnete zusammen und fördert das Verständnis und Engagement der jungen Leute für den demokratischen Rechtsstaat.

Peter Ritter, DIE LINKE:

„Wurde rechtsextreme Gewalt und Gefahr nicht zu lange verharmlost?“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! ‚Ein Blick in den tiefen Abgrund des Versagens‘, so lautete kürzlich ein Zeitungskommentar. Die Medienberichte der letzten Tage über die ungeheuerlichen Vorgänge bestätigen zunehmend die bittere Erkenntnis, dass es mitten in der Bundesrepublik Deutschland – und ich füge hinzu, mitten im Landtag Mecklenburg-Vorpommern – Rechtsextremisten gibt, die auch nicht davor zurückschrecken, eine terroristische Vereinigung zu gründen. [..]

Die Gruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘, der nach bisherigen Erkenntnissen mindestens drei Personen angehörten, hat seit dem Jahr 2000 mindestens neun Menschen ermordet. Ein Aufschrei der Entrüstung geht durch das Land. Ich meine, zu Recht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo war der Aufschrei, als die ersten Morde passierten? Wo war der Aufschrei, als 2001 in Köln eine iranischstämmige Frau oder 2004 ebenso in Köln 22 Menschen bei Anschlägen verletzt wurden? Wo war der Aufschrei, als im April 2006 Halit Yozgat in seinem Internetcafé in Kassel erschossen wurde?

Welche Schlussfolgerungen haben wir alle nach dem Pogrom von Lichtenhagen, welches sich im Jahr 2012 zum 20. Mal jährt, wirklich gezogen? Ist es nicht eher so, dass auch nach Lichtenhagen die rassistische Bedrohungssituation für Migrantinnen und Migranten und andere Minderheiten verleugnet und bagatellariert wurde, zum Alltag gehörte und von der Politik kleingeredet wurde? Ist rechtsextremer Terror wirklich erst jetzt zur Gefahr geworden?

Ist es nicht eher so, dass seit 1990 in der Bundesrepublik 137 Menschen durch Rechtsextremisten ermordet wurden? Darunter ist auch der Greifswalder Obdachlose Eckard Rütz, der am 25. November 2000 von Rechtsextremisten erschlagen wurde. Ist der Aufschrei, der jetzt durch die Politik, durch Öffentlichkeit und Medien geht, nicht eher Indiz für das Versagen von Politik, Öffentlichkeit und Medien? Wurde

rechtsextreme Gewalt und Gefahr nicht zu lange verharmlost? Ich meine, ja. [..]

Vor allem aber drängt sich uns sicher eine Reihe von Fragen auf:

- Wie kann es sein, dass drei gesuchte Neonazis oder mehr mitten in Deutschland untertauchen, jahrelang im Untergrund leben, Banken überfallen, Bomben zünden und mehrere Morde begehen und von alledem die Sicherheitsbehörden nichts mitbekommen?
- Wer hat dafür die Verantwortung und wer übernimmt dafür die Verantwortung?
- Ich frage mich und ich frage Sie: Ist die Entscheidung der Bundesregierung tatsächlich richtig, die Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu kürzen? Müssen wir nicht vielmehr im Gegenteil verstärkt alles tun, um das bürgerschaftliche Engagement und die zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken?
- Nimmt die Bekämpfung des Rechtsextremismus wirklich zu viel Raum ein, wie es etwa Bundesfamilienministerin Schröder noch im letzten Jahr mitteilte?
- Ist es nicht höchste Zeit, das Verbotverfahren gegen die NPD erneut anzugehen, weil sie offen verfassungsfeindlich auftritt und enge Kontakte zu gewaltbereiten Neonazis pflegt? Ein fünffaches Beispiel dafür sitzt hier im Landtag.
- Wozu brauchen wir wirklich einen Verfassungsschutz und vor allen Dingen welche Befugnisse, Schwerpunkte und Ausrüstung braucht er?
- Setzen wir die Prioritäten im Kampf gegen jedweden Extremismus richtig?
- Haben wir nicht erst in jüngster Zeit viel Zeit dafür verschwendet, von Vereinen und Verbänden, von Menschen, die sich für Demokratie und Toleranz engagieren, seitweise Bekenntnisse zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzuverlangen, statt sie in ihrem Handeln zu unterstützen? [..]

// Ist es nicht so, dass auch nach Lichtenhagen die rassistische Bedrohung von Migrantinnen und Migranten und andere Minderheiten zum Alltag gehörte und von der Politik kleingeredet wurde? //

In Mecklenburg-Vorpommern nimmt das Aggressionspotenzial der Neonazis weiter zu. Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden jüdische Friedhöfe geschändet. Bürgermeister, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, werden bedroht. Wahlkreisbüros demokratischer Abgeordneter werden Ziel von rechtsextremistischen Anschlägen [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landtag darf das Thema mit der heutigen Aussprache nicht zu den Akten legen. Wir müssen weiter hinterfragen und wir brauchen vor allen Dingen Aufklärung und Öffentlichkeit. Wir brauchen aber keinen Aktionismus. Wir müssen jedoch als Erstes dafür sorgen, dass zivilgesellschaftliche Strukturen und Initiativen für Demokratie und Toleranz ermuntert und auch dauerhaft finanziell unterstützt werden. [...]

Wir brauchen eine unabhängige Beobachtungskommission gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und nicht nur eine neue Täterdatei [...], wir brauchen eine Stärkung der Beratungsstrukturen für Opfer rechtsextremer und ausländerfeindlicher Gewalt und, natürlich, wir brauchen das NPD-Verbot jetzt. Allerdings wird dieses Verbot alleine nicht ausreichen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen auch, und das will ich hier deutlich unterstreichen, die politische Erkenntnis, dass Protest gegen Neonaziaktivitäten, dass Protest gegen Naziaufmärsche und auch das Blockieren von Naziaufmärschen nicht länger kriminalisiert werden dürfen. Ich fordere daher von dieser Stelle, dass die Verfahren gegen die Vorsitzenden der Linksfraktion im Sächsischen und Thüringer Landtag André Hahn und Bodo Ramelow wegen ihrer Beteiligung an den Protesten gegen rechtsextreme Aufmärsche in Dresden umgehend eingestellt werden [...]

(Stefan Köster, NPD: Beantragen Sie doch, dass Sie die DDR wiederhaben möchten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind, das können nur erste Forderungen und Vorschläge sein. Ich hoffe jedoch, wir alle ziehen frei von Vorurteilen und Vorhaltungen die richtigen Schlussfolgerungen. Dann und nur dann hat der Blick in den tiefen Abgrund des Versagens auch Sinn gemacht. – Herzlichen Dank.“



Foto: Jens Büttner

Minister Lorenz Caffier:

„Die NPD schafft den geistigen Nährboden für neonazistische Kameradschaften“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir alle sind geschockt und beschämt darüber, was sich in Deutschland an menschenverachtender Grausamkeit aufzutut.“

In den vergangenen Tagen mussten wir schmerzhaft lernen, dass sich die Rechtsextremisten offensichtlich eben nicht mehr nur mit Aufmärschen, rassistischen Parolen und menschenverachtenden Auftritten in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zufrieden geben.

Die Gewalttätigkeit des Rechtsextremismus hat eine neue, bisher nicht dagewesene Qualität erreicht. Ganz offensichtlich schrecken Rechtsextremisten inzwischen auch nicht mehr vor Mord an Polizisten, an Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland, auch an Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit ausländischer Herkunft zurück. Ich möchte an dieser Stelle der Opfer gedenken und den Angehörigen unser Mitgefühl aussprechen.

Meine Damen und Herren, der Sachverhalt selbst dürfte Ihnen weitgehend bekannt sein. [...]

Sowohl der ermittlungsführende Generalbundesanwalt als auch der Bundesinnenminister gehen von rechtsextremistischem Terrorismus aus. Warum die Verdächtigen und die jetzt erkennbaren Tatzusammenhänge nicht früher festgestellt wurden, bedarf der dringenden, der umfassenden und der sachlichen Klärung. Dies gilt auch für die Frage, warum die Gruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ den Sicherheitsbehörden erst jetzt bekannt geworden ist.

Ich möchte jedoch ausdrücklich betonen: Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des Sachverhalts dürfen jetzt keine voreiligen Urteile gefällt werden. [...]

Klar ist aber auch, wo Fehler gemacht wurden, müssen sie konsequent aufgearbeitet und auch Konsequenzen gezogen werden.

Meine Damen, meine Herren, die Frage, ob von der NSU auch in Zukunft Gefahren für das gesamte Land ausgehen, kann mit Blick auf den gegenwärtigen Ermittlungsstand nicht abschließend beantwortet werden. Die weiteren Ermittlungen werden zeigen, ob hier ein größeres, bisher unbekanntes Netzwerk agiert. Auf jeden Fall ist hohe Wachsamkeit gefragt und angezeigt. [...]

Betonen möchte ich aber auch, dass mir gegenwärtig keine Informationen darüber vorliegen, die auf Strukturen der NSU in unserem Land, also in Mecklenburg-Vorpommern, hinweisen. Unabhängig davon beobachten wir in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren eine besonders aktive und gut organisierte rechtsextremistische Szene, von der unübersehbar Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgehen. Es ist daher auch weiterhin wichtig, richtig und unverzichtbar, diesen menschenverachtenden Bestrebungen in einem breiten Bündnis aller Demokraten offensiv entgegenzutreten.

Die auch im Koalitionsvertrag unterstrichene Notwendigkeit einer konsequenten Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe muss [...] fortgesetzt werden. Wichtig ist eine nachhaltige Unterstützung und Vertrauen auch in die Arbeit der Sicherheitsbehörden, [...]

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für mich steht eindeutig fest, die NPD schafft den geistigen Nährboden für neonazistische Kameradschaften und letztendlich somit auch für die NSU-Täter. Deshalb brauchen wir [...] ein neues NPD-Verbotsverfahren.

Dieses Verbotsverfahren löst natürlich nicht alle Probleme, es ist aber ein Baustein [...] im gesamtgesellschaftlichen Auftreten gegen die NPD, gegen Kräfte, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung aushebeln wollen.

Die Demokratie in Deutschland ist wehrhaft. Und weil sie es ist, wird es auch nicht noch einmal einer Organisation gelingen, die Demokratie mithilfe ihres rechtsstaatlichen Instrumentariums zu beseitigen.

Die politische Auseinandersetzung mit dieser Partei reicht allein nicht aus. Von der NPD mit ihrer gerade hierzulande ausgeprägten neonazistischen Ausrichtung geht eine Gefahr für unsere Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern, für die Demokratie in Deutschland aus. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig und richtig, intensiv gemeinsam mit den Ländern und dem Bund die Vorbereitung für ein neues NPD-Verbotsverfahren voranzutreiben.

Bereits vorliegende Materialien belegen eindeutig, dass sie in aggressiv-kämpferischer Weise versuchen, die freiheitliche Grundordnung in Deutschland abzuschaffen.

„ Ein NPD-Verbotsverfahren löst natürlich nicht alle Probleme, es ist aber ein Baustein im gesamtgesellschaftlichen Auftreten gegen die NPD, gegen Kräfte, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung aushebeln wollen. „

Es ist für mich und für die Abgeordneten wie für viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, auch in Mecklenburg-Vorpommern, [...] unerträglich, dass diese Verfassungsfeinde auch noch durch Steuergelder finanziert werden müssen.

Die Verbotsprüfung muss gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse mit noch größerem Nachdruck durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, ob es eine Verbindung zwischen den Rechtsterroristen und NPD-Funktionären gibt. Es müssen alle Fakten auf den Tisch.

Darüber hinaus, und das möchte ich besonders hervorheben, das unterstütze ich auch persönlich, brauchen wir auch das vom Bundesinnenminister vorgeschlagene Zentralregister für Neonazis. [...]

Rechtsextremistische Gewalt, das haben wir gerade in diesen Tagen wieder in erschreckender Weise vor Augen geführt bekommen, macht eben nicht an Ländergrenzen halt. Für einen wirkungsvollen Kampf gegen den Rechtsextremismus ist es deswegen richtig und wichtig, die Daten der Verfassungsschutzämter, die Daten der Polizeibehörden von Bund und Ländern über gewaltbereite Rechtsextremisten und entsprechende Gewalttaten zusammenzuführen. Kein Extremist [...] darf sich in Deutschland sicher fühlen.

Wir werden gemeinsam alle Maßnahmen ergreifen, die für eine wirkungsvolle Verfolgung der Straftäter erforderlich sind.

Wer unsere freiheitlichen Grundwerte beseitigen will, muss mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen.

Dafür brauchen wir die Unterstützung aller Demokraten, dafür brauchen wir die Unterstützung der Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Landes, und dafür brauchen wir auch die Unterstützung der demokratischen Fraktionen in diesem Landtag. – Vielen Dank.“

Michael Andrejewski, NPD:

„Kampagne zur Irreführung der Öffentlichkeit“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das bekannt gewordene Zitat der Bundeskanzlerin, das sich auf den sogenannten Terror von rechts bezieht, folgendermaßen abwandeln: Der Verfassungsschutz und die Rolle, die er bei den sogenannten Döner-Morden gespielt hat, ist eine Schande für Deutschland.

So viel steht fest, dass wir es hier mit einem Geheimdienstskandal zu tun haben, mit Staatsversagen und vielleicht sogar mit Staatskriminalität und auch mit einer Kampagne zur Irreführung der Öffentlichkeit, denn was da als offizielle Version der Ereignisse verkauft wird, spricht jeder Vernunft Hohn. [...]

Was ist die Wahrheit? Wahr ist aus der Geschichte der Bundesrepublik, dass dem Verfassungsschutz alles zuzutrauen ist. Der ach so gefährliche ‚Thüringer Heimatschutz‘ wurde vom Verfassungsschutz aufgebaut und finanziert. Der Chef des Ladens war ein V-Mann. Sie jammern hier über Steuergelder, die an die NPD gehen, aber der Mann bekam 200.000 DM Steuergelder, mit denen er den Laden überhaupt erst aufbaute. [...]

„Gefahr geht in diesem Land zuallererst vom Verfassungsschutz aus, vom Staat selber.“

Die Strippenzieher beim Verfassungsschutz zu suchen, ist sicher keine abwegige Idee, wie bei so vielen anderen Fällen von Terrorismus auch. Den linksextremen Terror der RAF hätte es ohne Anschubhilfe des Verfassungsschutzes nie gegeben. [...]

Wie auch immer, Gefahr geht in diesem Land zuallererst vom Verfassungsschutz aus, vom Staat selber. Wer Terrorismus ernsthaft bekämpfen will, muss den Geheimdienstsumpf trockenlegen, nicht den braunen Sumpf; den Geheimdienstsumpf. Der Verfassungsschutz hetzt die jungen

Leute zur Gewalt auf, in der rechten, aber auch in der linken Szene, und die NPD wirkt dem in der nationalen Szene entgegen. Wer die NPD beseitigen, aber den Verfassungsschutz beibehalten will, fördert Gewalt und will das wohl auch und will darauf sein politisches Süppchen kochen. [...]

Michael Silkeit, CDU:

„Es gibt keinen Grund zur Entwarnung“



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Seit dem 4. November überschlagen sich die Meldungen in den Medien mit immer neuen Einzelheiten und Erkenntnissen über die Mitglieder der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund oder kurz NSU. Wie bewegend die Nachrichten für die Menschen im Land sind, zeigten mir nicht zuletzt die gerade gehörten Wortbeiträge, bis auf einen.

(Stefan Köster, NPD: Die Wahrheit ist manchmal schmerzhaft.)

Bei aller Bestürzung über die Morde möchte ich allerdings auch zu mehr Sachlichkeit in der Diskussion mahnen.

(Udo Pastörs, NPD: Das wäre mal gut.)

Und dazu gehört auch, dass ich mir ganz energisch die Verunglimpfung meiner Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei und beim Verfassungsschutz verbitte, Herr Andrejewski.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

Der Innenminister hat uns den bisherigen Ermittlungsstand mitgeteilt,

(Udo Pastörs, NPD: Die Wahrheit kann man nicht verbieten. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

jetzt heißt es erst einmal, die weiteren Ermittlungen abzuwarten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Einen Moment, Herr Silkeit.

Herr Köster, ich hatte gestern schon Herrn Pastörs darauf hingewiesen, dass Sie ein Verfassungsorgan nicht als kriminellen Sumpf [...]

(Stefan Köster, NPD: Das ist kein Verfassungsorgan, das ist eine Behörde.)

Herr Köster, Sie wissen genau, dass Sie meine Äußerungen hier nicht zu kommentieren haben,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Aber er hat doch sachlich geredet.)

und von daher erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Herr Silkeit, setzen Sie bitte fort.

Michael Silkeit, CDU:

Ja, also, weil der vorletzte Satz dank des qualifizierten Zwischenrufes untergegangen ist, wiederhole ich ihn noch mal: Jetzt heißt es, erst einmal die weiteren Ermittlungen abzuwarten, das ist rechtsstaatlich.

(Udo Pastörs, NPD: Intellekt ist nicht wichtig.)

Zu schwierig für Sie, ich weiß.
Von größter Bedeutung ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Herr Silkeit, bitte unterbrechen Sie noch einmal.

Herr Pastörs, ich weise auch die Beleidigungen gegenüber meiner Person zurück.

(Udo Pastörs, NPD: Ich habe Sie nicht beleidigt. Ich habe doch gar nicht mit Ihnen gesprochen.)

Von daher erteile ich auch Ihnen einen Ordnungsruf und wenn Sie jetzt weiter kommentieren, bekommen Sie den zweiten.

Herr Silkeit, bitte setzen Sie fort.

Michael Silkeit, CDU:

Von größter Bedeutung wird es jetzt sein, das Ausmaß dieser Terrorzelle zu ermitteln. Noch wichtiger wird es sein zu ermitteln, ob es weitere Terrorzellen gibt. Die bisherigen Ermittlungen zeigen uns eines aber schon deutlich: wie wichtig es ist, ein umfassendes Lagebild vom Rechtsextremismus zu schaffen.

„ Bei aller Bestürzung über die Morde möchte ich allerdings auch zu mehr Sachlichkeit in der Diskussion mahnen. „

Aber dazu, meine Damen und Herren, müssen der Polizei und dem Verfassungsschutz auch die richtigen Arbeitsmittel zur Verfügung stehen.

Bundesweit mehren sich die Forderungen zur lückenlosen Aufklärung der 13 Jahre der Terrorzelle,

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit.)

im Übrigen parteiübergreifend.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Mit einer Vorratsdatenspeicherung könnten zumindest die letzten Monate der Terrorzelle anhand von Telefon-, Handy- und Internetverbindungen sowie die ihrer Helfer und Hintermänner schnell ermittelt werden. Dieses Handwerkszeug steht den Ermittlern aber leider nicht zur Verfügung, wie Sie wissen.

(Udo Pastörs, NPD: Aber Geld, um die Leute zu finanzieren.)

Bitte erinnern Sie sich bei zukünftigen Debatten zur Vorratsdatenspeicherung an diesen Fall des Terrorismus und an meine heutige Forderung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Morde in Rostock und die beiden Banküberfälle in Stralsund ist Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls in den Fokus der Ermittler gelangt. Bisher gibt es glücklicherweise keine Erkenntnisse dafür, dass sich das Netzwerk der NSU bis nach Mecklenburg-Vorpommern erstreckt, dennoch dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Die Mitglieder der NSU rekrutieren sich aus der rechtsextremen Szene. In Thüringen, im ‚Thüringer Heimatschutz‘, eine der NPD nahestehende Vereinigung,

(Michael Andrejewski, NPD: Dem Verfassungsschutz nahestehend.)

fanden sie einen Nährboden für ihre menschenverachtende Gesinnung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und genau solche Gruppen, die mit hasserfüllten Parolen auf sich aufmerksam machen, gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sogar bei uns im Landtag gibt es eine Partei,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die sich nach eigenen Aussagen mit seriöser Radikalität beschreibt.

*(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Taten der NSU müssen dringend aufgeklärt werden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Auch die Ausmaße der Terrorzelle und möglicher weiterer Terrorzellen müssen ermittelt werden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Danach wird es auch eventuell Zeit sein, über mögliche Konsequenzen zu reden, aber erst dann.

(Stefan Köster, NPD: Wann lösen wir den Verfassungsschutz auf?)

Die Vorfälle um

*(Stefan Köster, NPD:
Nee, das ist eine kriminelle Vereinigung. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Legen Sie mal die Beweise auf den Tisch!)*

die NSU zeigen eines deutlich, dass die Demokraten dieses Hauses ihr Engagement gegen Rechts nicht vermindern dürfen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

www.landtag-mv.de
(Mediathek/Parlamentsdokumente/Plenarprotokollauszüge)

Demokratie leben

Fachtagung im Schweriner Schloss fordert stärkeres Engagement gegen Rechtsextremismus

„Engagiert gegen Extremismus – Gelebte Demokratie und aktive Zivilgesellschaft“. So lautete das Thema einer Fachtagung für Demokratie und Zivilgesellschaft, die am ersten Dezember-Wochenende im Schweriner Schloss stattfand. Eingeladen hatten das Bündnis für Demokratie und Toleranz und die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ aus Mecklenburg-Vorpommern.

In ihrem Grußwort zur Eröffnung der Veranstaltung betonte die Vizepräsidentin des Landtages, Silke Gajek, das „jede und jeder sich gegen Ungerechtigkeit auflehnen und Menschlichkeit leben sollte“. Dazu gehöre auch, Gesicht zu zeigen für demokratische Grundwerte und sich deutlich zu positionieren. „Nicht das gedankenlose Nachplappern von Stammtischparolen ist gefragt, sondern eigenes Denken und Handeln.“ Je mehr Menschen sich klar gegen Extremismus und Rassismus positionieren, desto eher würden „rechtsextremistische Parolen als das entlarvt, was sie sind: dümmlich, hass-



Silke Gajek, 3. Vizepräsidentin des Landtages, bei der Fachtagung für Demokratie und Zivilgesellschaft am 2. Dezember im Schweriner Schloss im Gespräch mit der Sängerin, Regisseurin und Moderatorin Mo Asumang

erfüllt, verachtend und schädlich für jene, die nicht selber denken“, so die Vizepräsidentin. Bürgermeister, Vertreter von Vereinen, Landespolitiker sowie Experten für Antisemitismus und Rechtsextremismus informierten über Strategien zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Denken und Handeln in den Städten und Gemeinden, tauschten ihre Erfahrungen aus und berieten über eine noch bessere Vernetzung der Akteure und Initiativen.

Foto: Cornelius Kettler

Foto: Cornelius Kettler



Volkstrauertag

Bei einer Gedenkveranstaltung im Schweriner Schloss zum Volkstrauertag gedachten die Teilnehmer am 13. November der Opfer von Krieg und Gewalt.

„Wir gedenken der Toten der beiden Weltkriege, der Opfer von Vertreibung und Gefangenschaft, der Toten des Widerstands gegen Diktatur und Unrechtsregime in Deutschland und in vielen anderen Staaten der Welt“, sagte Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek zu den Versammelten. Sie erinnerte auch an das unermessliche Leid, welches den Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik widerfuhr. „Als Deutsche stehen wir zu unserer daraus erwachsenen, besonderen, immerwährenden historischen Verantwortung“, betonte sie. Sie forderte Wachsamkeit gegenüber allem, was Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und Frieden gefährdet. „Zur Demokratie gibt es keine Alternative!“, betonte sie. Sie dankte vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Unterstützern des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, die 2,4 Millionen Kriegsgräber in 45 Staaten pflegen.

Ehrengast der Veranstaltung war der Botschafter der Republik Estland, S.E. Dr. William Mart Laanemäe, der gemeinsam mit Silke Gajek im Anschluss an die Gedenkveranstaltung an einer Kranzniederlegung auf dem Alten Friedhof in Schwerin teilnahm.

Jugendgeschichte

Am siebenten Jugendgeschichte Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloss präsentierten am 25. November weit über 100 Schülerinnen und Schüler aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit zur Geschichte ihrer Regionen und Heimatorte. Im Rahmen des Jugendprogramms „Zeitensprünge“ haben sie in wochenlanger Recherche viele spannende, traurige, fröhliche, dramatische und bewegende Geschichten erforscht und ans Tageslicht gebracht. „Es ist etwas anderes, ob man im Geschichtsbuch liest, was geschehen ist, oder ob man durch konkrete Projektarbeit Einblicke gewinnt, die im Geschichtsbuch so nicht vorkommen“, sagte Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek zu Beginn der Veranstaltung. „Nur wer die Geschichte der eigenen Heimat kennt, kann die Gegenwart und Zukunft mitgestalten“, betonte sie.



Foto: Stefan Janssen

Britischer Botschafter zu Gast

Am 8. Dezember empfing die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, den Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, S. E. Simon McDonald, im Schweriner Schloss. Themen des Gesprächs waren die wirtschaftliche und politische Lage in Mecklenburg-Vorpommern, die Nutzung des Schweriner Schlosses sowie die Beziehungen Mecklenburg-Vorpommerns zu seinem Nachbarland Polen. Beate Schlupp und Simon McDonald tauschten sich außerdem auch über die aktuellen Entwicklungen zum Thema Euro aus, die – trotz britischen Pfunds – auch in Großbritannien von großem Interesse sind. Nach dem Eintrag in das Gästebuch des Landtages besichtigte der Botschafter einige museale und auch parlamentarische Räume des Schlosses.

Zehn Jahre Partnerschaft

Am 29. November nahmen die Vizepräsidentinnen des Landtages, Beate Schlupp, Regine Lück und Silke Gajek, an der IV. Grenzüberschreitenden Konferenz „Unser Grenzgebiet – zwischen Vision und Praxis“ in Stettin (Polen) teil. Im Rahmen dieser Veranstaltung berichtete Beate Schlupp über die langjährige parlamentarische Zusammenarbeit, die den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und den Sejmik der Wojewodschaft Westpommern verbindet. Grundlage der bestehenden Beziehungen zwischen den Parlamenten ist die „Gemeinsame Erklärung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Sejmiks der Wojewodschaft Westpommern“, die vor zehn Jahren beschlossen wurde.



Foto: Stefan Janssen

v.l. Marcin Bardowski, Direktor der Kanzlei des Sejmiks Westpommern; Regine Lück; Beate Schlupp; Marek Talasiewicz, Vorsitzender des Sejmiks Westpommern, und Silke Gajek.



(Adressfeld für Abonnenten)

Am 23. November zog vorweihnachtliche Stimmung auch am Schweriner Schloss ein: mit einem Kran wurde der mehrere hundert Kilo schwere Weihnachtsbaum an seinen traditionellen Standort von dem Burgseeufer des Schlosses gehievt. Die 20 Meter hohe Fichte stammt wie ihre Vorgänger aus dem Schweriner Stadtteil Görries. Sie wurde dem Landtag von der Industriepark Görries GmbH kostenlos zur Verfügung gestellt und strahlt nun allabendlich mit dem Schloss um die Wette.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dreescher Werkstätten freuen sich, dass ihr Adventskranz auch in diesem Jahr wieder den Flur zum Plenarsaal des Landtages schmückt und mit seinen handgefertigten Anhängern Abgeordnete, Mitarbeiter und Besucher erfreut. Für Freude am Schloss sorgen sie aber auch nach Weihnachten das ganze Jahr über – täglich machen sie frühmorgens die Schlossinsel sauber, sodass der „schönste Landtagssitz Deutschlands“ auch ringsherum seinem stolzen Titel alle Ehre macht.

*Wir wünschen
allen Leserinnen
und Lesern
ein frohes
Weihnachtsfest
und ein glückliches
neues Jahr!*

Bleiben Sie den LandtagsNachrichten gewogen. Und sollten Sie das Heft zum ersten Mal in der Hand haben – Sie können es kostenfrei abonnieren. Dann sind Sie 2012 immer gut informiert über die Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und über den schönsten Landtagssitz Deutschlands! Mehr zum Abo finden Sie auf Seite 2 im Impressum.

